

Brisante Themen bei der Nürnberger Sicherheitstagung

Wie viele Flüchtlinge stehen vor der Tür?



Noch stammen die meisten Asylbewerber in Deutschland aus den Balkanstaaten. Doch bereits jetzt suchen auch 40 000 Flüchtlinge aus Afrika Schutz bei uns.
Foto: imago

NÜRNBERG — Afrika ist immer für eine schlechte Nachricht gut. Seien es die Bürgerkriege, die Schreckensherrschaft von Diktatoren oder die Terrorangriffe der islamistischen Gotteskrieger in Nigeria und Mali. All dies kam bei der Nürnberger Sicherheitstagung zum Thema „Die Europäische Union und Afrika“ zur Sprache. Aber auch, dass Europa mit ein Grund für die Probleme des Kontinents ist.

Dazu gehören massive Exportsubventionen, die auf Kosten der einheimischen Produzenten gehen. Dazu

Sicherheits- Tagung 2015

gehört auch eine Entwicklungshilfepolitik, die wenig mit der Maxime „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu tun hat, sondern nur die Eliten stützt.

Immer wieder gibt es aber auch Hoffnungsschimmer für den Kontinent. Das hob der frühere Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, hervor. So habe es Ende der 60er Jahre durchaus Länder gegeben, die einen demokratischen Kurs gesteuert hätten. Auch Nelson Mandela, der einst unter dem Apartheid-Regime gelitten hat, habe sein Land reformiert und zu einem Vorzeigestaat in Afrika gemacht. Sei-

ne Nachfolger drohen aber, das Erbe zu verspielen. Das spiegelt sich wider in einem Vorfall, der erst wenige Tage zurückliegt: Den mit einem internationalen Haftbefehl gesuchten sudanesischen Staatschef Omar al Bashir ließ die südafrikanische Regierung ziehen. Der mit dem Fall betraute Richter am Haager Strafgerichtshof, der Südtiroler Cuno Tarfusser, berichtete darüber bei der Tagung.

Informationen aus erster Hand bekamen die Teilnehmer auch von Renate Leistner-Rocca, die das Nürnberger Forschungszentrum im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge leitet. Mit Blick auf die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer sagte die Juristin, dass nur etwa 40 000 Flüchtlinge aus Afrika nach Deutschland kämen, die weit höhere Zahl der Asylbewerber stamme aus den Balkanländern.

Gunther Schmidt, ehemaliger Professor für Internationale Politik, beschloss den ersten Tag der Sicherheitstagung mit sicherheitspolitischen Warnungen. Die „Achse autoritärer Regime“ werde wachsen. China, das „die Strangulationsketten“ anziehe, sehe sich auf Augenhöhe mit den USA, Wirtschaftswachstum komme aus den BRICS-Staaten, Europa sei dabei, in die Bedeutungslosigkeit abzugleiten. Religiöse Gruppen aus Saudi-Arabien versuchten, den Wahabismus auf die gesamte Sahelzone auszuweiten, was die globale Bedrohung durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ verstärke. *ki/sru/sie*
(Leitartikel S.2, Politik S.3,4)

Reaktion auf EU-Verfahren

Dobrindt legt die Maut auf Eis

BERLIN — Die Pkw-Maut-Pläne von Verkehrsminister Alexander Dobrindt stehen vor dem Scheitern.

Der CSU-Politiker legte am Donnerstag überraschend die für 2016 geplante Abgabe bis zu einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes und damit auf unbestimmte Zeit auf Eis. Grund ist die Eröffnung eines EU-Verfahrens wegen des Verdachts der Ausländerdiskriminierung, das voraussichtlich vor dem EuGH endet.

„Ich bin durchaus verärgert über diesen Brief aus Brüssel“, sagte Dobrindt. Er gehe aber von einem Erfolg im Verfahren aus. Dieses könnte jedoch erst 2017 und damit zur Bundestagswahl enden, so dass das zentrale CSU-Vorhaben der Wahlperiode gescheitert wäre. Während die SPD von einem konsequenten Schritt des Ministers sprach, machten die Grünen den Anfang vom Ende der Pkw-Maut aus. Dobrindt begründete den Stopp der Pläne damit, dass unter dem

Druck des Verfahrens kein Betreiber für Maut-Kontrolle und -Abwicklung zu akzeptablen Preisen zu finden sei. Er habe bis vor kurzem mit einem Ja der Kommission gerechnet, da man lange mit ihr diskutiert habe und auf Bedenken eingegangen sei. „Umso unverständlicher ist jetzt diese Entscheidung.“

Die Maut ist umstritten, da sie unter dem Strich nur Ausländer zahlen müssten – was die EU-Kommission auf den Plan rief. Deutsche Fahrzeughalter werden durch eine Senkung der Kraftfahrzeugsteuer entlastet. Steuerfragen seien kein Fall für die EU-Kommission, sondern sie könnten die Nationalstaaten selbst entscheiden, so Dobrindt. „Wir werden eine harte Auseinandersetzung mit Brüssel führen.“ Deutschland hat nun eine Frist von zwei Monaten, um auf die EU-Bedenken einzugehen. Mit einer Einigung rechnet aber auch Dobrindt nicht. *rtr*

(Kommentar S.2)